

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshausmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch

Besugpreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Belegkauf. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. — Telefon Sammelnummer 72206 — **Postkontos Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Weinsä. Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig.
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10spalt. Kolonelle 35 Pf., bei Blankvordr. 40 Pf.
Stellenangebote 10spalt. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Verlobten die 10spalt. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamesp. 2 Mt. Inlerate v. ausm.: die 10spalt. Kolonelle 40 Pf. bei Blankvordr. 50 Pf. Reklamesp. 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

„Arbeiter“-Delegationen in Rußland.

Die Hohenzollernlegende der Bolschewiken.

Besondere Ehrungen für das „Verbrecherpad“.

Im preussischen Landtag haben die Kommunisten die schärfste Kampfeinstellung bezogen, um den Vertrag mit den Hohenzollern, den wir ebenso mißbilligen, unwirksam zu machen. Während aber im Preussenparlament kein Mittel unversucht geblieben ist, um die Hohenzollern zu kennzeichnen, als das, was sie sind, befindet sich eine Delegation, diesmal nicht von Arbeitern, sondern von Großgrundbesitzern, Adligen, Bankiers und einer Hohenzollernprinzessin auf einer „Arbeiter-Delegations-Reise“ in Rußland. Wie bekannt, darf kein Sozialist die Grenzen Rußlands überschreiten, wogegen sich die Mitglieder der gelben, faschistischen Verbände ein besonderes Bürgerrecht in Rußland erworben haben. Wir erinnern an die Tatsache, daß der vier Fünftel faschistische Führer der gelben Organisationen, der Reichstagsabgeordnete Geißler, in Rußland frei herumlaufen darf, daß der engste Mitarbeiter Eugenbergs, der deutsch-nationale Professor H o e h s c h in Moskau von Lunatscharoff und Litwinoff geleitete Reden halten darf, daß ferner erst in diesen Tagen unter Führung des deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten und Großkapitalisten P r e n e r eine Abordnung der ostpreussischen Junker durch Rußland reist.

Jedoch, das gehörte schon bisher zu den Gepflogenheiten bolschewistischer Diplomatie. Sie übersteigert sich selbst durch die Tatsache, daß im Angesicht der Schlägereien, die im preussischen Landtag wegen der Hohenzollern von den Kommunisten verursacht wurden, eine Angehörige dieses Hohenzollernhauses in Sowjetrußland besonderer Ehrungen für würdig erachtet wird.

Wir folgen einer Darstellung, die Iwan R a h in seinem Mitteilungsblatt vom 9. Oktober gibt, aus dem das folgende zu ersehen ist:

Am 26. August berichten übereinstimmend die Krasnaja Gazeta (Rote Zeitung), Tagesorgan des Sowjets der Arbeiterräte von Leningrad, und die Krasnaja Gazeta (Arbeiter-Zeitung) in Leningrad, daß am 26. August mit dem Spezialdampfer „Cap Polonio“ die Prinzessin I l b e r t von Preußen in Leningrad ankam. Sie war in großer Gesellschaft. Deutsche Adlige und Großgrundbesitzer waren ihre Begleitung. Deren Namen werden nicht aufgeführt. Wohl aber berichten die „roten“ Zeitungen, wieviel von diesen „hohen“ Herrschaften da waren, und wer die Vertreter des südamerikanisch-spanischen Adels waren, die ebenfalls mit der Kiste des Kaisers auf der „Cap Polonio“ eintrafen: 5 Diplomaten, 22 Großgrundbesitzer, 15 Bankiers, 12 Industrielle, 12 Korrespondenten einflussreicher südamerikanischer Zeitungen. Unter ihnen war als Vertreter der größten konservativen Zeitung Südamerikas, der „Nacion“ von Montevideo, der bisherige Finanzminister von Uruguay Don Perez. Aus Chile war die Schwester des Präsidenten der Republik, Henriette F igeroa de Guzman, und

der Diplomat Francisco Mendez, aus Spanien der Marquis Sotta de Gormoja unter den Besuchern. Mit Stolz zählt die „Rote Zeitung“ diese feudalen Namen auf und reißt sie als Kranz „der Repräsentanten des reichen Bürgertums und der Feudalaristokratie“ um die Kaiserliche Prinzessin.

Der Redakteur der Krasnaja Gazeta hat den Kapitän der „Cap Polonio“, E. Kolin, nach seinen Eindrücken über den Empfang interviewt, und der Kapitän hat versichert: „Seit unserer Einfahrt in die Sowjet-Gewässer bereitet man uns den herzlichsten Empfang. Ich muß besonders betonen, daß unser Schiff von den Hafenbehörden liebenswürdig behandelt wird. Eine so angenehme Aufnahme wie in Leningrad wird bei uns auf lange Zeit die schönsten Erinnerungen zurücklassen.“

Das kann man glauben. Das Gepränge, mit dem die Hohenzollernin und ihre „Repräsentanten des reichen Bürgertums und der Feudalaristokratie“ vom russischen „Arbeiter“-Staat aufgenommen wurde, ist in der Tat unvergesslich. Man gab ihnen zu Ehren auf ihren besonderen Wunsch im Theater Marie in Leningrad eine Festvorstellung, die „Speziell dem Ballet gewidmet“ war. Musik, Begrüßungen, Kausch. Obwohl das Theater 1700 Plätze faßt, wurden nur 335 Personen, die „hohen“ Gäste und die Sowjet-Repräsentanten, zugelassen. Die Regierenden blieben unter sich. Das dreißigste Volk wurde ferngehalten. Ihre königliche Hoheit Prinzessin I l b e r t von Preußen mit Gefolge wurde untertänigst gebeten, doch auch die Hauptstadt Moskau mit ihrem Besuche zu beehren. Ein Extrazug wurde den hohen und allerhöchsten Herrschaften zur Verfügung gestellt, und in Moskau wurde das königliche Paß feierlich von den Sowjets empfangen. I l b e r t selber machte die Honneurs. Nachmittags gab es einen Besuch der Trejalskowskaja Galerie und abends ein besonderes Konzert und Tanzdivertissement. Die feudalen Herrschaften waren zufrieden.

Zu den Ausführungen Iwan R a h bemerkt der Vorwärts noch das folgende:

„In Leningrad war der Dugusdampfer „Cap Polonio“, auf dem Ihre königliche Hoheit Prinzessin von Preußen eingetroffen war, Gegenstand besonderen Interesses. Das Schiff wurde zur Beschäftigung freigegeben. Das Gewerkschaftskartell von Leningrad organisierte die Zusammenstellung von Besuchersgruppen für die Beschäftigung des Prinzessinnenschiffes. Die Tage: 60 Kopelen für Arbeiter, 1 Rubel für die übrigen Besucher. Die Krasnaja Gazeta meldet, daß mehr als 60 000 Personen das Schiff besucht haben.“

Wir überlassen es der Arbeiterschaft aller Lager, ihr Urteil selbst zu fällen. Ob die Bolschewiken in Rußland der Prinzessin aus dem Hohenzollernhause, die Rote Fahne mit dem Bericht über die Vorgänge im Preussenparlament in schwarzweißer Umrandung überreichen werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Kommunisten wütten mit allen Mitteln gegen das Versagen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Preussenhaus. Wir stellen fest, daß den deutschen Kommunisten auch im Kampfe gegen die Hohenzollern von ihren Geldgebern in Moskau eine Badepfeife nach der andern verabreicht wird.

Der Femeauschuß in München.

Das Ergebnis der Verhandlungen.

Von unserem Korrespondenten.

München, 13. Oktober.

A. W. Zunächst: Die Beweisaufnahme des Reichstagsfemeauschusses, die unter den unverhämten Provokationen der Femeemörder und ihrer Beschützer vor sich ging, konnte in München nicht abgeschlossen werden. Der stellvertretende Leiter der bayrischen Einwohnerwehr, Obergeometer K a n z l e r, der in einem Prozesse durch einen Zeugen der Anstiftung zum Femeemorde überführt wurde, ist nicht auffindbar gewesen, obwohl er als bayrischer Beamter in Rosenheim jändigen Wohnsitz hat. Leutnant Reunzert, ein Spezl des Extronprinzen Rupprecht, war ebenfalls verschwunden, als der Femeauschuß seine Tätigkeit nach München verlegte. Reunzert ist bekanntlich an der Mordfahrt im Falle Hartung beteiligt gewesen und hat das Auto gelenkt, in dem Dobner erdrosselt werden sollte. Begreiflich, daß dieser Reunzert, der zudem im Vorzimmer des Münchener Wehrtreiskommandos saß, keine Neigung zeigte, vor dem Femeauschuß zu erscheinen. Ebenso zog es Ballin, ein Mitbeschuldiger Reunzerts, der im Jahre 1925 ebenfalls freigesprochen wurde, vor, sich dünne zu machen. Der Vater Stempfle, der Schweighardt in der Untersuchungshaft besuchte und dabei seine geistlichen Funktionen vorstülpte, die er gar nicht mehr ausübt, war ebenfalls aus seiner Wohnung verschwunden.

Der Ausschuh hat sich denn auch mit großer Mehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß eine grundsätzliche Würdigung der Straftaten noch nicht vorgenommen werden könne.

Dr. Gademann, der in der Untersuchung gegen die Münchener „Neue Zeitung“ widerspruchsvolle Aussagen machte und den früheren Justizminister Dr. Roth mehr belastete, als ihm und Roth lieb war, erschien vor dem Ausschuh erst, als die Entlastungszeugen für Gürtner ihre Aussagen gemacht hatten und als Gürtner selbst in einer — man muß sagen sicheren Form — seine Rolle in der Affäre Hartung „geklärt“ hatte. Von Gürtner und anderen bekam er das Stichwort, sich auf einen Justizbeamten hinauszureden, der den bayrischen Reaktionen sehr gelegen gestorben ist und der Vertrauensmann von Roth gewesen ist: Stauffer. Was die geradezu klägliche Aussage des Dr. Gademann für die Verwicklung des wirklichen Tatbestandes bedeutete, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß dieser Gademann als erster Zeuge vernommen werden sollte.

Bei der Vernehmung Gademanns ist die ganze, auf die Reinwahrung Gürtners gerichtete Regie der mit der bayrischen Regierung zusammenarbeitenden Mitglieder des Femeauschusses so richtig sichtbar geworden. Gademann zog sich schließlich auf die Bemerkung zurück: Nach den vorhergehenden Zeugnisaussagen muß ich annehmen, daß Stauffer mit dem Auftrag zur Fahrt nach Augsburg gab. Gademann deutete aber auch an, daß Gürtner doch ein geschwächtes Erinnerungsvermögen habe, wenn er nicht mehr wisse, daß er doch öfter bei ihm gewesen sei.

Die Ausschuhmehrheit hat geglaubt, in München dem bayrischen Justizminister Dr. Gürtner eine Ehrenerklärung abgeben zu müssen, und zwar, wie festgestellt werden muß, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, angeblich zu dem Zwecke, die Spannung zwischen der bayrischen Regierung und dem Reiche nicht zu erhöhen.

Levi hat in seiner persönlichen Erklärung die rein juristische Feststellung gemacht, daß Gürtner im Falle Hartung zwar ein Amt, aber keine Meinung hatte, das heißt, daß er nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme, die ja nicht abgeschlossen ist und die verschiedenartige Beurteilung zuläßt, im Auftrage des Justizministers Dr. Roth die beiden Staatsanwälte empfangen und ihren „Vortrag“ entgegengenommen hat.

Was heißt das? Es heißt, daß sich die Verantwortung für das Eingreifen der bayrischen Justiz im Falle Hartung, das die Freilassung der Mordbeschuldigten zur Folge hatte, nicht nur auf Gürtner erstreckt, sondern auf den Justizminister, d. h. die gesamte bayrische Justizverwaltung, als deren Werkzeug Gürtner gebient hat. Man kann Gürtner, der seine Unschuld beteuert hat, höchstens zugeben, daß er eine mehr passive Rolle spielte, die ihm von seinen Vorgesetzten, wozu wir nicht nur Roth, sondern auch die Landesleitung der Einwohnerwehren zählen, diktiert wurde.

Gürtner hat selbst das Ankorrekte seiner Tätigkeit im Falle Hartung zugestanden, als er erklärte, normal habe er die Mission von Gademann und die ganze Behandlung des Falles Hartung nicht empfunden.

Normal war die Rolle des Polizeireferenten von Merz, der durch sein Verhalten bewiesen hat, daß ein Beamter nicht nur ein Amt, sondern eine dienstliche Meinung haben kann. Merz hat zunächst erklärt, daß er die Sache Hartung nach der Aufhebung der Haftbefehle durch Krid nicht mehr weiter verfolgen könne und nur auf dienstlichen Befehl sich weiter

Die Verhandlungen der Koalitionsparteien.

Ueber das Ergebnis der Besprechungen der preussischen Koalitionsparteien über die Regierungserweiterung berichtet der Sozial-Vorfesident:

Der preussische Ministerpräsident empfing am Donnerstagnachmittag die Führer der preussischen Koalitionsparteien zu einer kurzen Besprechung über den von der Volkspartei gewünschten Eintritt in die Regierung. Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion nahm Genosse Heilmann an der Besprechung teil. Er war von der Fraktion ermächtigt, deren grundsätzliche Bereitschaft zur Großen Koalition zum Ausdruck zu bringen. Die anderen Fraktionen hatten schon früher eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Der preussische Ministerpräsident wird der Volkspartei von dieser grundsätzlichen Uebereinstimmung der Regierungsparteien am Freitag offiziell Kenntnis geben und wird ihr gleichzeitig mitteilen, daß er im Einverständnis mit den Koalitionsparteien Anfang November nach dem Wiederzusammentritt des Landtages bereit ist, deren Wünsche im einzelnen entgegenzunehmen. Das dürfte am 9. oder 4. November geschehen. Anschließend werden sich dann die Regierungsparteien in einer gemeinsamen Sitzung mit den Wünschen der Volkspartei befassen und über ihre weitere Haltung Beschluß fassen.

Der Landbund gegen die große Koalition.

Berlin, 14. Oktober.

Wie eine hiesige Korrespondenz meldet, hat der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes zur Frage der Regierungs-

umbildung in Preußen eine Entschloßung gefaßt, in der es heißt, daß der Reichs-Landbund jeden Schritt, der geeignet ist, den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zu schmälern, begrüßt, daß er jedoch in dem Beitritt der Deutschen Volkspartei zur jetzigen Parteiregierung in Preußen keinen derartigen Schritt sieht. Diese Bedenken würden durch die Tatsache verstärkt, daß die Sozialdemokraten den Beitritt der Deutschen Volkspartei in Preußen von einer gleichen Entwicklung im Reiche abhängig machen.

Demokraten und Hohenzollernvergleich.

Die demokratische Landtagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag noch einmal mit den Vorgängen bei der Abstimmung in der zweiten Lesung des Hohenzollern-Vergleichs. Die Abgeordneten G r e t l e r und H e r m a n n, die gegen den Vergleichsvorschlag gestimmt hatten, erklärten sich bereit, bei der dritten Lesung der Abstimmung überhaupt fernzubleiben; damit ist der Zwischenfall erledigt.

Die Verhandlungen abgebrochen.

Die Volkspartei macht vorläufig nicht mit.

(Nach Redaktionschluß eingetroffen.)

M. Berlin, 15. Oktober, 1 Uhr mittags.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Preussischen Landtage, die gestern abend und heute morgen erneut vertrauliche Sitzungen abgehalten hatte, gibt über das Ergebnis folgende offizielle Verkaufszahlung bekannt:

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei sieht nach dem bisherigen Verhalten der Regierung und der Regierungsparteien die Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierung als abgebrochen an.